

# **Stellungnahmen der Landesregierung zu den Resolutionen des ORR vom 23. Juni 2023**

## **1. Nachhaltigen Umgang mit Abfällen aus dem Bausektor grenzüberschreitend denken (MKUEM)**

Die Inhalte der Resolution zum nachhaltigen Umgang mit Abfällen aus dem Bausektor kann das MKUEM aus fachlicher Sicht unterstützen und sieht entsprechend hier keinen Änderungs- oder Ergänzungsbedarf.

## **2. Sparsamer Umgang mit der Ressource Boden am Oberrhein (MKUEM)**

Für die Resolution zum sparsamen Umgang mit der Ressource Boden ist es wichtig zu erwähnen, dass sich diese im Wesentlichen an die Landes- und Raumordnung richtet und nicht an den Bodenschutz. Die Zielsetzungen werden vom Fachministerium aber fachlich begrüßt.

## **3. Unterstützung des Manifests von Städten am Oberrhein zur Stärkung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs (Staatskanzlei)**

Die Staatskanzlei begrüßt den Stellenwert, den der ORR dem grenzüberschreitenden Schienenverkehr beimisst und dankt der unter Punkt 5 ausgeführten Würdigung des Engagements für einen umsteigefreien grenzüberschreitenden SPNV mit Beginn ab Dezember 2024.

Hinsichtlich des unter Punkt 3 unterstützten Manifests gibt die rheinland-pfälzische Staatskanzlei zu bedenken, dass dieses auf deutscher Seite ausschließlich von baden-württembergischen Städte unterzeichnet wurde. Damit einher geht jedoch die Gefahr, dass die politische Unterstützung des ORR allzu sehr auf die rechtsrheinische Perspektive gerichtet werden könnte. Dadurch könnte u.a. eine Konkurrenzsituation zulasten der linksrheinischen und insbesondere südpfälzischen Verbindungen wie etwa von Germersheim über Wörth und Lauterbourg oder von Neustadt/W. über

Wissembourg nach Strasbourg erfolgen. Das kann nicht in unserem allseitigen Interesse sein!

#### **4. Für eine nachhaltige Energieversorgung (MKUEM)**

Die Resolution kann aus fachlicher Sicht mitgetragen werden, hier hat das Fachministerium keine Anmerkungen.

#### **5. Reduzierung des Risikos der Grundwasserverschmutzung im Rheineinzugsgebiet durch Anwendung des Vorsorgeprinzips (MKUEM)**

Von Seiten der Wasserwirtschaft wird eine Stellungnahme als nicht erforderlich angesehen.

Die in der Resolution thematisierte Untertagedeponie für Industrieabfälle im Kalibecken Wittelsheim liegt in der Nähe von Mulhouse in Frankreich. Rheinland-Pfalz ist davon nicht unmittelbar betroffen und ist - im Gegensatz zu Baden-Württemberg - auch nur zur Kenntnis am Schreiben beteiligt.

#### **6. Wasserstoffbranche am Oberrhein entwickeln (Staatskanzlei i.V.m. Ressorts)**

Diese Resolution wurde getrennt mit Schreiben vom 18. Juli 2023 von Frau ORR-Präsidentin Torloting an Frau Ministerpräsidentin Dreyer gesandt und mit Schreiben vom 17. Oktober 2023 durch Herrn Beauftragten der Ministerpräsidentin Schreiner entsprechend getrennt beantwortet.

#### **7. Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Interregionalen Parlamentarierrat (Staatskanzlei)**

Die Staatskanzlei begrüßt den stetigen Austausch mit der parlamentarischen Ebene und insbesondere mit den Abgeordneten aus dem grenznahen Raum wie am Oberrhein mit dem ORR. Die damit einhergehenden Kontakte finden auch auf Arbeitsebene statt, auf rheinland-pfälzischer Ebene v.a. anlassbezogen etwa von Seiten der Staatskanzlei mit dem Landtag und dem Büro des ORR in Kehl. Der auf

politischer Ebene geäußerte Wunsch nach einer Vertiefung der Zusammenarbeit wird auch auf Seiten der ORK geteilt. Dies drückt sich beispielsweise darin aus, dass am 06. Dezember 2024 unter dem ORK-Vorsitz von Frau Regierungspräsidentin Felder eine gemeinsame Sitzung mit dem ORR stattfinden wird.